



**NIEDERSCHRIFT**  
(öffentlicher Teil)  
**23. Sitzung des Ausschusses für Soziales**

Sitzungstermin:	Dienstag, 16.09.2025	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	17:52 Uhr	
Sitzungsort:	Johanniter Unfallhilfe	
<b>Anwesende Mitglieder</b>		
<b>Vorsitz</b>		
Renate Prüß - SPD		
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>		
Sandra Odendahl - SPD		nur öffentlichen Teil
Dr. med. Dipl.-Phys. Carsten Grohmann - CDU		
Mandy Siegenbrink - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzende		
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>		
Wolfgang Baasch - SPD		
Nil Gersdorf - CDU		
Delf Kröger - CDU		
Max Manegold - FDP		
Volker Nehrhoff - CDU		Vertretung für Fr. Akyurt
Heiner Popken - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		Vertretung für Frau Balke
Tobias Preß - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		Vertretung für Hr. Müller-Lorsen
Burghard Speckmann - SPD		Vertreter für Fr. Gröschl-Bahr
Bianca Szygula - LINKE & GAL		Vertretung für Hr. Müller
<b>Beiratsmitglieder</b>		
Christian Rettberg - Beirat für Menschen mit Behinderungen		
Dr. Renate Schleker - Beirat für Senior:innen		
<b>Verwaltung</b>		
Daniel Blank - FBC FB 2		
Karin Claus - Soziale Sicherung		nur öffentlicher Teil
Katja Elstner - 2.500 Soziale Sicherung		bis TOP 3.9; 16.50 Uhr
Dr. Geurtz - 530 Gesundheitsamt		nur öffentlicher Teil
Bianca Hartfuß - 2.000.1 Stabsstelle Sonderaufgaben		

Beate Herrmann - 2.502 Personalrat SIE	nur öffentlichen Teil
Sabine Klawitter - Personalrat SIE	nur öffentlicher Teil
Isa Nieuhoff - Gesundheitsamt	nur öffentlichen Teil
Sandra Rickert - Stabsstelle Integration	nur öffentlicher Teil
Daniela Rummert - 2.000.2 Stabsstelle Integration	bis TOP 4.8 ; 17:25 Uhr
Elke Sasse - 1.160 Frauenbüro	nur öffentlicher Teil
Dr. Julia Schiffner - 2.503 Gesundheitsamt	nur öffentlichen Teil
Achim Selk - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	ab TOP 4.1; 16.50 Uhr bis TOP 5.1, 17.39 Uhr
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Gert Wadehn - SeniorInnen-Einrichtungen	nur öffentlichen Teil
Matthias Schröder - SeniorInnen-Einrichtungen	nur öffentlichen Teil
Julia Nowack - 2.500 Soziale Sicherung	bis TOP 3.9; 16:50 Uhr
<b>Protokollführung</b>	
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
<b>Gäste</b>	
Yonathan Arnold - Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.	bis TOP 4.1; 17.05 Uhr
Aydin Candan - Forum für Migranten	nur öffentlicher Teil
<b>Entschuldigte Mitglieder</b>	
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>	
Michelle Akyurt - CDU	- entschuldigt -
Judith Balke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	- entschuldigt -
Andreas Müller - LINKE & GAL Fraktionsvorsitzender	-entschuldigt -
Helmut Müller-Lornsen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	- entschuldigt -
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>	
Katrin Funk - Die Fraktion	- entschuldigt -
Gabriele Gröschl-Bahr - SPD	- entschuldigt -
<b>Beiratsmitglieder</b>	
Manfred Bergmann - Beirat für Senior:innen	- entschuldigt -



4.3	Integrationsorientierte Zuweisungen Modellkommune GKS HL	
4.4	Wirtschaftsplan 2025 der Senior:InnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck: Genehmigungserlass	<b>VO/2024/13648-03</b>
4.5	Erster Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2025 der Senior:InnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck: Genehmigungserlass	<b>2024/13648-02-02</b>
4.6	Ergänzungsbericht zum Bericht VO/2025/14311 Mehrgenerationenhaus Eichholz	<b>VO/2025/14311-01</b>
4.7	Folgerungen aus Pflegebedarfsplanung 2017-2030: Ergebnisse des Folgewerkshops vom 07.09.2022 sowie ergänzende Priorisierungen	<b>0/09309-01-01-01</b>
4.8	Städtebauliche Gesamtmaßnahme Moisling - Beendigung des Quartiersmanagements und Neuausrichtung der Information, Öffentlichkeitsarbeit und Beteiligung	<b>VO/2025/14478</b>
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Feststellung des Rechnungsergebnisses der Senior:InnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2024 und überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln gem. § 82 Abs. 1 Gemeindeordnung (GO) für das Produkt Senior:InnenEinrichtungen in 2025	<b>VO/2025/14493</b>
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8	Verschiedenes	
8.1	Sitzungstermine 2026	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

## Öffentlicher Teil:

### **zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen**

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit. Sie begrüßt im Besonderen Herrn Arnold von der Johanniter-Unfall-Hilfe und dankt ihm, dass die Sitzung in deren Räumen stattfinden kann.

Die Vorsitzende trägt vor, dass es folgende Änderungen zur Tagesordnung gibt:

TOP 4.6 ist zu vertagen, da der Bericht noch nicht vollständig ist

Frau Senatorin Steinrücke ergänzt, dass die Beantwortung der Fragen aus dem Hauptausschuss noch in den Bericht eingearbeitet werden sollen.

Die Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.  
Der Ausschuss beschließt einstimmig die Vertagung von TOP 4.6.

Die Vorsitzende lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.  
Der Ausschuss beschließt einstimmig.

Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP 10 bis 14 en bloc abstimmen: Der Ausschuss beschließt einstimmig die Zuordnung.

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Teilnahme von Frau Timmermann, Herrn Blank sowie Frau Hartfuß im nichtöffentlichen Teil.

Die Vorsitzende verpflichtet das stellvertretende bürgerliche Ausschussmitglied Herrn Heiner Popken mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

### **zu 2 Genehmigung der Niederschrift**

#### **zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.07.2025**

Herr Candan bemerkt, dass ein Fehler in der Anwesenheitsliste vorliegt. Herr Ilhan Isözen ist nicht vom Forum für Migranten, sondern vom Haus der Kulturen. Dies ist über die Stammdaten bei der Bürgermeisterkanzlei zu korrigieren und wird von der Geschäftsführung veranlasst.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Die Vorsitzende lässt über die Niederschrift abstimmen.  
Der Ausschuss entscheidet einstimmig.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

### zu 3      **Anfragen / Antworten / Mitteilungen**

#### zu 3.1.1    **Aktuelles aus dem Bereich Soziale Sicherung - Grundsicherung -**

Frau Claus berichtet, dass die Maßnahmen zur Gegensteuerung abgearbeitet werden und einige Erfolge zu verzeichnen sind, wie z.B. dass der Onlineantrag jetzt möglich ist. Dennoch ist die Lage nach wie vor schwierig.

Herr Dr. Grohmann erfragt, ob denn für diesen Bereich durch den Bürgermeister auch alle tarifrechtlich möglichen finanziellen Anreize ausgeschöpft werden.

Frau Senatorin Steinrücke berichtet, dass keine übertariflichen Zahlungen erfolgen.

Frau Siegenbrink informiert, dass dieses nicht unkompliziert umgesetzt werden kann und verweist auf die Darstellung von Frau Phillip im Hauptausschuss.

Weiter sprechen Frau Odendahl, Herr Speckmann und Herr Kröger.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

#### zu 3.1.2    **Aktuelles aus dem Bereich Soziale Sicherung - Wohngeldbehörde -**

Frau Senatorin Steinrücke teilt mit, dass die Verwaltung einen Bericht zum aktuellen Stand erarbeiten wird, der zeitnah dem Ausschuss vorlegt wird.

Weiter sprechen Frau Siegenbrink, Frau Senatorin Steinrücke sowie Frau Claus zur mobilen Wohngeldberatung.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

#### zu 3.2      **Anfrage AM Andreas Müller, Umsetzung des Wohnraumschutzgesetzes Schleswig Holstein Vorlage: VO/2025/14463**

Der Ausschuss wird voraussichtlich eine Antwort einer kommenden Sitzung bekommen.

#### **Beschluss:**

1. Welche Möglichkeiten bietet das Wohnraumschutzgesetz Schleswig-Holstein der Hansestadt Lübeck um Mieter:innen zu unterstützen?
2. Welche gesetzlichen oder strukturellen Hürden stehen einer konsequenten Umsetzung des Wohnraumschutzgesetzes Schleswig-Holstein durch die Hansestadt Lübeck entgegen?
3. Welche Handlungsmöglichkeiten hat die Hansestadt Lübeck derzeit um bereits jetzt betroffene Mieter:innen kurzfristig zu unterstützen?

4. Wie kann die Hansestadt Lübeck bereits jetzt langfristig gegen Vermieter:innen vorgehen, die ihre Instandhaltungspflichten grob vernachlässigen?

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

**zu 3.3 Antwort auf die Anfrage von AM Prüß: Einsparungen beim Jobcenter  
Vorlage: VO/2025/14216**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**Beschluss:**

AM Prüß erbittet in der Sitzung des Ausschusses für Soziales am 04.03.2025 um eine Information des Jobcenters, welche Maßnahmen aufgrund der aktuellen Einsparungsmaßnahmen eingestellt werden müssen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

**zu 3.4 AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Prüfungen von Pflegeheimen  
Vorlage: VO/2025/14481**

Der Ausschuss wird voraussichtlich eine Antwort in einer der kommenden Sitzungen bekommen.

Frau Senatorin Steinrücke weist darauf hin, dass diese Anfrage sehr komplex ist und einen hohen Bearbeitungsaufwand verursacht. Die Erstellung einer Antwort wird daher einige Zeit in Anspruch nehmen.

**Beschluss:**

Laut Bericht des NDR vom 14.08.2025 (siehe Anlage) werden Pflegeheime in Schleswig-

Holstein nicht überall regelmäßig kontrolliert, obwohl eine jährliche Kontrolle gesetzlich vorgeschrieben ist. Gemäß Landesrechnungshof sind die Prüfquoten unzureichend, in Schleswig-Holstein fanden 2023 nur 62 % der vorgeschriebenen jährlichen Regelprüfungen statt, in 2024 72 %. Die kommunalen Wohnpflegeaufsichten sind für die Kontrollen stationärer Pflegeeinrichtungen und Wohngruppen der Eingliederungshilfe zuständig.

Hierzu folgende Fragen:

- Im NDR-Bericht ist angegeben, dass die Prüfquote in Lübeck 2023 nur 21 % betrug und in 2024 63 %. (24 von 38 stationären Pflegeeinrichtungen wurden geprüft) Ist diese Angabe richtig?
- In welchen 14 Einrichtungen wurde die vorgeschriebene Prüfung nicht durchgeführt?
- Weshalb werden die vorgeschriebenen Prüfungen nicht durchgeführt?
- Wonach wird entschieden, in welchen Pflegeheimen die Prüfungen durchgeführt werden und in welchen nicht?
- Wie intensiv wird geprüft? Werden auch einzelne Bewohner bei jeder Prüfung begutachtet oder nur bei konkretem Verdacht?
- Die Aufsicht muss auch Anlassprüfungen zum Beispiel nach Beschwerden von Angehörigen nachgehen:
  - a) Wie viele Beschwerden gab es in 2023 und wie viele in 2024?
  - b) Wie viele Anlassprüfungen wurden letztlich in diesen Jahren durchgeführt?
  - c) Wenn nicht allen Beschwerden nachgegangen worden ist: weshalb wurde diesen Beschwerden nicht nachgegangen? Wonach wird entschieden, ob Beschwerden nachgegangen wird oder nicht

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

**zu 3.5 AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Wohnsituation im Wohnkomplex Klipperstraße  
Vorlage: VO/2025/14509**

Der Ausschuss wird voraussichtlich eine Antwort in einer der kommenden Sitzungen bekommen.

**Beschluss:**

1. Hat die Stadtverwaltung bereits eine Begehung des Wohnkomplexes in der Klipperstraße durchgeführt? Falls ja, zu welchem Zeitpunkt und mit welchem Ergebnis?
2. Wurden bereits Maßnahmen gemäß des Schleswig-Holsteinischen Wohnraumschutzgesetzes (SHWoSchG) zur Beseitigung der festgestellten Missstände eingeleitet? Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen wurden ergriffen und in welchem Stadium der Umsetzung befinden sich diese?

3. Falls bisher keine Maßnahmen ergriffen wurden: Plant die Verwaltung zeitnah eine Überprüfung der Wohnverhältnisse und gegebenenfalls die Einleitung entsprechender Schritte?

4. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, um kurzfristig eine Verbesserung der Wohnsituation für die betroffenen Mieterinnen und Mieter zu erreichen?

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

**zu 3.6 AM Heiner Popken (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Entwicklung und Ausgestaltung der Leistungsangebote nach SGB IX im Hinblick auf den Sicherstellungsauftrag (§ 95 SGB) seit dem 1.1.2020 in Lübeck  
Vorlage: VO/2025/14524**

Der Ausschuss wird voraussichtlich eine Antwort in einer der kommenden Sitzungen bekommen.

**Beschluss:**

1. Wie viele Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen wurden seit dem 1. Januar 2020 im Raum Lübeck gemäß SGB IX abgeschlossen?
2. In welchen Leistungsbereichen (z. B. Wohnen, Tagesstruktur, Assistenz, ambulante und stationäre Angebote) bestehen aktuell Leistungsvereinbarungen?
3. Gibt es Versorgungsbereiche, in denen derzeit kein bedarfsgerechtes Leistungsangebot existiert? Falls ja, welche Maßnahmen sind vorgesehen, um diese Lücken zu schließen?
4. Welche Verfahren, Prüfmechanismen oder Indikatoren werden eingesetzt, um die Qualität und Bedarfsdeckung dieser Leistungsangebote regelmäßig zu überprüfen? Wie wird sichergestellt, dass die Erkenntnisse der Gesamtplanung in der Strukturplanung berücksichtigt werden (§ 95 S. 3 SGB IX)?
5. In welcher Form unterstützt das Land Schleswig-Holstein die Stadt Lübeck bei der Umsetzung des Sicherstellungsauftrags (§ 94 Abs. 3 SGB IX)?
6. Welche aktuellen Herausforderungen bestehen bei der Leistungserbringung im Raum Lübeck und welche Maßnahmen sind zur Bewältigung geplant?

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

### **zu 3.7 Präsentation Stand präventive Hausbesuche für Senior:innen**

Frau Claus berichtet über die präventiven Hausbesuche anhand einer Power-Point-Präsentation.

Hierzu sprechen Frau Siegenbrink, Frau Dr. Schleker und Frau Prüß.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### **zu 3.8 Anfrage Frau Siegenbrink: Haushalt 2026**

Frau Siegenbrink erfragt wie in Bezug auf den Haushalt die offenen Fragen besprochen oder geklärt werden können.

Frau Senatorin Steinrücke schlägt vor, die Fragen schriftlich einzureichen und bemüht sich um einen Ersatztermin für die Aussprache mit den sozialpol. Sprechern der Fraktionen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### **zu 3.9 Information vom Bereich Gesundheitsamt zur Frauensuchtberatungsstelle**

Frau Dr. Schiffner teilt hierzu mit, dass im Jahresbericht 2024 der AWO die Frauensuchtberatungsstelle noch beschrieben wird, gefördert mit Landesmitteln der LVGF-SH. Zum Ende 2024 wurde die frauenspezifische Suchtberatung laut AWO-Bericht beendet.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### **zu 3.10 Information vom Bereich Gesundheitsamt zum Tag der seelischen Gesundheit**

Zum politischen Auftrag „Organisation eines Tages zur seelischen Gesundheit“ teilt das Gesundheitsamt durch Frau Dr. Schiffner entsprechende Postkarten aus. Der Tag der seelischen Gesundheit findet am 14.10.25 von 14-18 Uhr im Übergangshaus statt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 4      Berichte**

**zu 4.1      Vorstellung der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.**

Herr Arnold begrüßt den Ausschuss in den Räumen der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. und stellt anhand eine Power-Point-Präsentation die Arbeit und Einsatzbereiche der Johanniter vor.

Es wird vereinbart die ppp dem Protokoll beizufügen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 4.2      Priorisierung der Projekte für die soziale Wohnraumförderung für das Jahr 2026  
Vorlage: VO/2025/14345**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**Beschluss:**

Kenntnisgabe der Vorhabenliste für 2026

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 4.3      Integrationsorientierte Zuweisungen Modellkommune GKS HL**

Frau Rickert berichtet anhand eine Power-Point-Präsentation, die dem Ausschuss bereits im Vorfeld zugegangen ist.

Frau Elstner verlässt die Sitzung (17.10 Uhr).

Hierzu sprechen Frau Gersdorf und Frau Rummert.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 4.4      Wirtschaftsplan 2025 der Senior:InnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck:  
Genehmigungserlass  
Vorlage: VO/2024/13648-03**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**Beschluss:**

Das Schreiben der Kommunalaufsicht zum Wirtschaftsplan 2025 der SIE wird in der Anlage zur Kenntnis gegeben.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 4.5 Erster Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2025 der Senior:InnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck: Genehmigungserlass**  
**Vorlage: 2024/13648-02-02**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**Beschluss:**

Der Genehmigungserlass des ersten Nachtrags zum Wirtschaftsplan 2025 der SIE VO/2024/13648-02 wird zur Kenntnis gegeben.

Gemäß § 97 Absatz 1 in Verbindung mit § 85 Absatz 2 und § 84 Absatz 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein wird der von der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck am 24.07.2025 beschlossene erste Nachtragswirtschaftsplan der Senior:InnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Wirtschaftsjahr 2025 (VO/2024/13648-02) genehmigt.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 4.6 Ergänzungsbericht zum Bericht VO/2025/14311 Mehrgenerationenhaus Eichholz**  
**Vorlage: VO/2025/14311-01**

vertagt

**Beschluss:**

Berichtsauftrag aus VO/2024/13683-02

„Bezüglich der Finanzierungslücke bei der städtischen Förderung für das Mehrgenerationenhaus Lübeck-Eichholz wird die Verwaltung gebeten, der Bürgerschaft bis zur Sitzung im Februar 2025 einen Bericht vorzulegen, der Vorschläge zur auskömmlichen Finanzierung aufzeigt.“

Der dazu erstellte Bericht VO/2025/14311 wurde am 22.07.2025 im Hauptausschuss behandelt. Die dabei zur finanziellen Situation des MGH aufgeworfenen Fragen sollen nun mit dieser Ergänzung wie folgt eingehender erläutert werden:

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

*Der Ausschuss beschließt die Vertagung.*

**zu 4.7 Folgerungen aus Pflegebedarfsplanung 2017-2030: Ergebnisse des Folge-workshops vom 07.09.2022 sowie ergänzende Priorisierungen  
Vorlage: 0/09309-01-01-01**

Hierzu sprechen Frau Siegenbrink, Herr Wadehn, Herr Kröger und Frau Claus.

Frau Rummert verlässt die Sitzung (17.19 Uhr)

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**Beschluss:**

Mit VO/2020/09309 in der Bürgerschaft vom 24.09.2020 wurde die Verwaltung wie folgt beauftragt:

„Der Bürgermeister wird aufgefordert, aus den Ergebnissen der ‚Pflegebedarfsplanung 2017-2030‘, hier: Handlungsfelder, den Bereich Soziale Sicherung anzuweisen, einen Folge-workshop zu den Konsequenzen der Pflegebedarfsplanung zu veranstalten. Zu dieser Veranstaltung sollen neben den Vertreter:innen der Bürgerschaftsfraktion, relevante Verwaltungsakteure im Bereich der Pflege sowie alle für die Pflege in der Hansestadt Lübeck relevanten Vereine, Verbände, Träger und Akteure eingeladen werden. Am Ende sollte eine konkrete Liste der priorisierten Ziele für Handlungsaufgaben der Hansestadt Lübeck vorliegen.“

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X

	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 4.8 Städtebauliche Gesamtmaßnahme Moisling - Beendigung des Quartiersmanagements und Neuausrichtung der Information, Öffentlichkeitsarbeit und Beteiligung**  
**Vorlage: VO/2025/14478**

Hierzu sprechen Frau Siegenbrink, Herr Selk und Frau Prüß, die bedauernd feststellt, dass immer zuerst im sozialen Bereich die Kürzung vorgenommen werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis..

**Beschluss:**

Die veränderten Rahmenbedingungen in der Städtebauförderung in Schleswig-Holstein stellen die teilnehmenden Kommunen vor große Herausforderungen. Durch die Novellierung der Städtebauförderungsrichtlinien des Landes Schleswig-Holstein zum 01.01.2026 werden Förderatbestände und -quoten angepasst, die u. a. die Durchführung von Quartiermanagements, Öffentlichkeitsarbeit und den Verfügungsfonds betreffen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 5 Beschlussvorlagen**

**zu 5.1 Feststellung des Rechnungsergebnisses der Senior:InnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2024 und überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln gem. § 82 Abs. 1 Gemeindeordnung (GO) für das Produkt Senior:InnenEinrichtungen in 2025**  
**Vorlage: VO/2025/14493**

Hierzu sprechen Frau Siegenbrink und Herr Blank.

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Vorlage.

**Beschluss:**

1. Der Jahresabschluss der Senior:InnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Geschäftsjahr 2024 wird mit einer Bilanzsumme von € 25.080.321,16, einem Jahresfehlbetrag von € 4.474.012,13 - verteilt auf € 32.722.856,76 Erträge sowie € 37.196.868,89 Aufwendungen - und einem Bilanzverlust von € 4.468.470,21 festgestellt.
2. Der Bilanzverlust 2024 in Höhe von € 4.468.470,21 ist durch die Hansestadt Lübeck auszugleichen.
3. Der ursprüngliche Haushaltsansatz für den Ausgleich des Bilanzverlustes 2024 der SIE im städtischen Haushalt 2025 beträgt 2.986.700 € und ist nicht ausreichend. Daher wird in dem nachfolgend aufgeführten Produktsachkonto gem. § 82 Abs. 1 GO überplanmäßig bereitgestellt:

Produktsachkonto	Textbezeichnung	Haushaltsjahr	Betrag
315201000.5315000	Senior:InnenEinrichtungen, Zusch. an verb. Untern.	2025	1.481.800,00 €

Deckung:

Produktsachkonto	Textbezeichnung	Haushaltsjahr	Betrag
315501000.4481000	Soz. Einricht. Aussiedler:innen und Ausländer:innen – Erträge aus Kosten-erst. Land	2025	1.481.800,00 €

Erläuterung zur Deckung:

Mehrerträge in dem genannten Produkt ergeben sich durch eine Kostenerstattung des Landes im Kontext Notunterkünfte, die auf eine Antragsstellung seitens der HL aus dem Jahr 2022 zurückgeht.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gem. der Vorlage zu beschließen.

**zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft**

**zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern**

**zu 8 Verschiedenes**

**zu 8.1 Sitzungstermine 2026**

Frau Timmermann kündigt an, dass die neuen Sitzungstermine festgelegt wurden und am nächsten Tag an die Ausschussmitglieder versandt werden. Es wird um Rückmeldungen gebeten, wenn relevante Terminüberschneidungen auffallen, da ggf. eine dann eine Verlegung geprüft werden könnte.

**zu 9 Ende des öffentlichen Teils**

Die Vorsitzende schließt um 17:48 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum. Die Sitzung wird um 17:50 Uhr von der Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

**zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 17:52 Uhr.

Lübeck, den 6. Oktober 2025

Frau Renate Prüß  
Vorsitzende/r

Gitte Timmermann  
Protokollführung



► Nr. VO/2025/14610  
öffentlich

Lübeck, 29.09.2025

## Antwort -öffentlich-

Verantwortliche Bereiche:  
2.020 - Fachbereichs-Controlling

Bearbeitung: Daniel Blank (E-Mail: [daniel.blank@luebeck.de](mailto:daniel.blank@luebeck.de) Telefon: 122-1222)

## Antwort zum Fragenkatalog von den GRÜNEN zum Haushaltsplan

### Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
06.10.2025	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung

### Anlass:

Beantwortung des Fragenkatalogs von den GRÜNEN zum Haushaltsplan

### Antwort:

- 1. Verhütungsmittel: Wie erklären sich die Beträge? Wenn der gesamte Zuschuss gestrichen werden soll und der Zuschuss jedes Jahr kleiner wird, müssten die Beträge mit den Jahren sinken, aber in der Liste steigen sie.**

An dieser Stelle liegt ein Planungsfehler vor. Aufgrund von Personal- und Sachkostensteigerungen werden die in der mittelfristigen Planung zu berücksichtigenden Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen (s. Vorbericht, 4.5.14 ab S. 171) auf Grundlage des Planwertes des jeweiligen HH-Jahres (hier 2026) pauschal gesteigert.

Aufgrund der in diesem Fall vorliegenden Reduzierungssystematik (um 5% pro Jahr) führt dies zu nicht korrekten Werten, die in der Konsolidierungsliste ab 2027 abgebildet wurden.

- 2. Warum wurde keine Förderung für das Mehrgenerationenhaus in Eichholz in 2026 im HH berücksichtigt? Eigentlich sollte die Förderung erhöht werden, jetzt wurde sie komplett gestrichen.**

Eine Berücksichtigung ist erfolgt und es ergibt sich wie im Vorjahr eine städtische Finanzierung in Höhe von 40.000 € an die BQL im Kontext MGH.

Die Übersicht 4.5.14 aus dem Vorbericht (ab S. 171) gibt Auskunft über folgende Informationen: *Soziale und ähnliche Einrichtungen, die Zuschüsse von der Hansestadt Lübeck erhalten (Konto 5318001 und 5318002).*

Da es sich bei der BQL um ein verbundenes Unternehmen handelt, erfolgt die Abwicklung des regulären Zuschusses für das MGH über das Konto 5315000 im Produkt 111018 und wird daher in der entsprechenden Übersicht nicht ausgewiesen.

In den Vorjahren erfolgte in der o.g. Übersicht der Ausweis des städtischen Anteils

zur Projektförderung „MY TURN“ an das MGH über das Konto 5318001. Diese läuft jedoch in 2025 aus.

**3. Wie ist die Steigerung bei Integration, z.B. Sprungtuch von 100.000 EUR auf 215.000 EUR zu erklären?**

Die Übersicht 4.5.14 aus dem Vorbericht (ab S. 171) gibt Auskunft über folgende Informationen: *Soziale und ähnliche Einrichtungen, die Zuschüsse von der Hansestadt Lübeck erhalten (Konto 5318001 und 5318002).*

Im Haushalt 2025 wurden lediglich 100.000 € im Produkt 111033 – Migration und Ehrenamt auf dem Konto 5318001 geplant. Weitere Mittel wurden in der Kontengruppe 54 geplant, hätten aber auf dem Konto 5318001 geplant werden müssen. Die Kontengruppe 54 wird jedoch nicht in der o.g. Übersicht dargestellt. Daher ist der für 2025 ausgewiesene Wert nicht korrekt. Eine Korrektur der Haushaltsplanung war zu dem Zeitpunkt der Kenntnis über diesen Sachverhalt nicht mehr möglich.

Eine Steigerung bei der Integration liegt somit nicht vor.

**4. Warum für Suchtberatungsstelle DNNO in 2026 nur noch 90.000 EUR, in 2025 noch 169.000 EUR?**

Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung gab es Vorüberlegungen, im Haushaltsjahr 2025 die Mittel in der Suchtberatungsstelle aufzustocken. Vorsichtshalber wurden daher entsprechende Mittel in den Haushalt eingestellt.

Eine Aufstockung hat sich nicht ergeben und daher wurden im Haushalt 2026 hierfür keine Mittel eingeplant.

**5. Glücksspielstelle 59.000 EUR in 2026 neu für DNNO Hintergrund?**

Die Glücksspielstelle der DNNO wird seit Ende 2023 aus dem Strukturvertrag des Landes finanziert und die Mittel wurden seitens der HL an die DNNO weitergeleitet. In den Vorjahren erfolgte die Finanzierung direkt durch das Land.

Die Information, dass die Finanzierung zukünftig über die HL und mit Mitteln aus dem Strukturvertrag erfolgt, erreichte die HL zu einem Zeitpunkt, als die Haushaltsplanung 2024 bereits abgeschlossen war.

Im Haushalt 2025 wurde in der Übersicht 4.5.14 aus dem Vorbericht versäumt, die Glücksspielstelle separat auszuweisen. Da sich bei der Übersicht 4.5.14 des Vorberichts zum Haushalt 2026 an der Übersicht des Vorjahres orientiert wird, ist für das Jahr 2025 kein Wert hinterlegt. Hier hätten eine Korrektur und die Hinterlegung des Wertes erfolgen müssen, da so der Eindruck entsteht, dass eine Finanzierung/Weiterleitung der Landesmittel erstmalig in 2026 erfolgt.

**6. Die Budgetübersicht der Fachbereiche weist für “111037 - Ehrenamtskoordination” eine Erhöhung i.H.v. 141.400 Euro gegenüber 2025 aus. Als Grund dafür wird das voraussichtlich Auslaufen der “Landesförderung zur Unterstützung von ehrenamtlichen Strukturen im kommunalen Raum” genannt. Wann wurde die HL über das Auslaufen des Förderprogramms informiert? In welcher Höhe hat die HL 2025 die genannten Fördermittel**

## **erhalten?**

Der Bewilligungsbescheid wurde für die Jahre 2023-2025 erlassen. Eine Fortsetzung des Förderprogramms zeichnete sich zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung nicht ab. Mittlerweile ist eine dreijährige Fortsetzung des Förderprogrammes angekündigt. Die Antragsunterlagen und die neue Förderrichtlinie sollen in Kürze erscheinen. Insgesamt hat die HL für die dreijährige Laufzeit eine Zuwendung in Höhe von 463.000 € erhalten, davon stehen 2025 168.100,00€ zur Verfügung.

### **7. Begegnungsstätte 23.000 EUR weniger in 2026 warum?**

Die Konsolidierungsmaßnahme Nr. 15 sieht eine Halbierung des städtischen Zuschusses für das sog. Gratisessen an der Begegnungsstätte vor (-35.000 €). Das Budget der Begegnungsstätte steigt jedoch im Rahmen des zugrundeliegenden Budgetvertrages an (Personal- und Sachkostensteigerungen), sodass die Reduzierung in Summe nicht die ausgewiesenen 35.000 € ergibt.

### **8. Die Budgetübersicht der Fachbereiche weist für "111033 - Integration in Lübeck" benennt "[...] durch Maßnahmen aus dem Integrationsfond erhöhte Aufwendungen" aus. Wie stellen sich diese Erhöhungen dar?**

Hier liegt eine begriffliche Unschärfe vor. Jährlich werden Maßnahmen aus dem Integrationskonzept mit einem Gesamtvolumen von ca. 100.000 € umgesetzt. Die Maßnahmen werden in den entsprechend zuständigen Bereichen/Produkten für den Haushalt angemeldet. Die Steuerung erfolgt durch die Stabsstelle Migration. Da Maßnahmen auch direkt in der Stabsstelle Migration angesiedelt sind, wird auch dort die Haushaltsanmeldung gem. Prioritäten-Maßnahmen-Liste vorgenommen. Für 2026 ist die Umsetzung von Maßnahmen in der Stabsstelle Migration vorgesehen. Die notwendigen Aufwendungen sorgen im Vergleich zum IST-Wert 2024 zu einer Planergebnisverschlechterung.

### **9. Sachstand Quartiersfördertopf Schlutup? Warum Streichung für Innenstadt?**

Alle Haushaltsbegleitbeschlüsse zum Haushalt 2025 sind auf Anweisung des Bürgermeisters nicht erneut für den Haushalt 2026 anzumelden. Eine Umsetzung des Quartiersfördertopfes für die Innenstadt konnte zudem mangels Kapazitäten im Bereich 2.500 bisher nicht umgesetzt werden. Hinzu kommt, dass es in 2024 eine Haushaltssperre gab, die eine Umsetzung der Haushaltsbegleitbeschlüsse nicht zugelassen hat. Der Quartiersfördertopf für Schlutup wurde daher ebenfalls nicht umgesetzt.

### **10. Konsolidierungsliste: Beziehen sich die Kürzungen "E-Auto" und "Sachverständige" auf Wirtschaft oder Soziales? Wenn Soziales, dann bitte Hintergrund erläutern.**

Der Bereich Gesundheitsamt „spart“ das vorhandene Dienstfahrzeug ein. Zum einen, weil der Bedarf abgenommen hat und zum anderen, weil zukünftig vermehrt auf die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs, die Nutzung von

Fahrrädern (auch Dienstfahrräder) und die Nutzung von Carsharing-Angeboten zurückgegriffen werden soll. Zudem ergaben sich neben der Leasingrate für das Fahrzeug und der Miete für die Batterie noch weitere anlassbezogene Kosten, wie TÜV-Gebühren, Versicherung, Wartung und Reparaturen, sodass insgesamt der Nutzen gegenüber den Kosten nach Ansicht des Bereiches in einem Missverhältnis steht.

Der Ansatz für die Sachverständigen- und Gerichtskosten im Gesundheitsamt ist hauptsächlich für den Einsatz von Honorarärzten vorgesehen. Der Ansatz ist grundsätzlich schwer planbar und abhängig von der Bedarfslage. Aufgrund von Erfahrungswerten wird hier jedoch für 2026 eine Anpassung erwartet und daher entsprechend geplant.

**11. Stellenplan: S. 43 ff. Jobcenter, da sind viele unbesetzte Stellen, Verwaltung SGB II? Wie sind die vielen unbesetzten Stellen zu erklären? Müssen die alle besetzt werden?**

Grundsätzlich erfolgt die Besetzung von Stellen mit Mitarbeitenden der HL 1:1, d.h. jede:r Mitarbeitende hat eine individuelle Stelle mit einer individuellen Stellennummer.

Das Jobcenter Lübeck hat eine verhältnismäßig junge Belegschaft und eine Frauenquote von rund 75%. Mit dem Ziel, ein moderner, attraktiver und familienfreundlicher Arbeitgeber zu sein, ermöglicht das Jobcenter Lübeck nahezu alle Teilzeitmodelle die nachgefragt werden. Die Nachfrage ist auch seit Jahren sehr hoch. So beträgt die Teilzeitquote im Jobcenter Lübeck rund 40 %, das bedeutet, das 4 von 10 Mitarbeitenden in Teilzeit arbeiten.

Dies verzerrt das Bild im kommunalen Stellenplan ein wenig. Teilzeit wird in der Regel nur befristet beantragt, weil dadurch der tariflich abgesicherte Anspruch der Mitarbeitenden, die Arbeitszeit auch wieder bis auf Vollzeit zu erhöhen, erhalten bleibt. Im Stellenplan steht dann z.B. eine 1,0 Stelle wovon bei 30 Stunden/Woche 0,77 besetzt sind. Bei vielen Teilzeitkräften summieren sich so die Teilzeitanteile auf und es sieht so aus, als wären viele Stellen unbesetzt. Finanziert und budgetiert wird natürlich immer nur der besetzte Anteil der Stelle. Eine Streichung berechneter unbesetzter Stellen(anteile) hätte also keine reduzierende Auswirkung auf die Personalausgaben. Daneben sind Stellen wegen normaler Fluktuation zeitweise nicht besetzt. Bspw. befindet sich das Jobcenter im Moment in laufenden Stellenbesetzungsverfahren für 5 Stellen.

**12. Stellenplan: S. 50 eine A14 und drei A12 Stellen, neu geschaffen in der sozialen Sicherung, Hintergrund?**

Im Bereich Soziale Sicherung wird zukünftig eine ständige stellvertretende Bereichsleitung ausgeschrieben (A14). Zudem wurden für die Unterstützung des Bereiches mehrere Unterstützungskräfte stadintern in den Bereich umgesetzt. Hierfür wurde eine A 12 – Planstelle für den Haushalt 2026 eingeworben (Planstelle 00008808, S. 50, Organisationseinheit 2.500.00000).

Die Planstelle 10031 unter 2.500.10100 stand nur im Jahr 2025 zur Verfügung. Die Ordnung im Stellenplan erfolgt mit dem Haushalt 2026.

**13. Stellenplan: 13,5 Stellen zusätzlich Teilhabe nach BTHG, S. 53, sind die an anderer Stelle gestrichen worden, wo? Entsprechen diese Stellen den im Gesundheitsamt gestrichenen 11,5 Stellen (2.530.220000 Sozialpsychiatrischer Dienst (Teilhabeplanung))?**

Eine Streichung liegt nicht vor. Die sozialpädagogische Eingliederungshilfe der Bereiche Soziale Sicherung und Gesundheitsamt wird im Bereich Soziale Sicherung, u.a. zur Nutzung von Synergieeffekten und zur Bündelung der Aufgaben, zusammengeführt. Entsprechende Stellen und Mitarbeiter:innen des Gesundheitsamts finden sich daher zukünftig in dem Bereich Soziale Sicherung wieder.

**14. Stellenplan: Stabsstelle Integration/Ehrenamt: zusätzlich 1,25 Stellen, Begründung?**

In der Stabsstelle Migration und Ehrenamt beträgt der Planstellenumfang grundsätzlich zum einen 1,538 in der Koordinierung Ehrenamt und zum anderen 5,750 in der Migration (Spalte Vorjahr).

Durch aktuelle Vakanz in der Integration (Planstelle 00006138) und Wochenarbeitszeitreduzierung in der Koordinierung Ehrenamt war die tatsächliche Besetzung am 30.06. des Vorjahres (hier 2025) mit einem Planstellenumfang von insgesamt 4,519 bzw. 1,410.

Durch Besetzung der Planstelle 6138 durch Ausschreibungsverfahren und Erhöhung der Wochenarbeitszeit wird in der Planung des lfd. Haushaltsjahres 2026 wieder der grundsätzliche Planstellenumfang von 1,538 in der Koordination Ehrenamt und von 5,750 in der Integration hergestellt.

**15. Stellenplan: auf S. 5 sind als wesentliche Veränderung 3 Stellen für die Unterstützung der Bereichsleitung angegeben, welche Stellen genau sind das? Sind das die Stellen zu Frage 12? Das wären dann aber 4 Stellen. Bitte einmal erläutern.**

Auf Seite 5 wird dargestellt, dass für den Haushalt 2026 für den Bereich Soziale Sicherung 3 Stellenneuschaffungen geplant sind. Als Begründung ist aufgeführt, u.a. für die Unterstützung der Bereichsleitung. Für die Unterstützung der Bereichsleitung sind 2 der 3 Stellen vorgesehen. Das ist die A 14 – Planstelle und die A 12 – Planstelle, siehe Antwort zu Frage Nr. 12.

**Anlagen:**

./.

Senatorin Pia Steinrücke